



UMBRÜCHE SOZIAL GESTALTEN - FÜR EIN SOLIDARISCHES UND GERECHTES NIEDERSACHSEN

VER.DI-FORDERUNGEN ZUR HAUSHALTSKLAUSUR DER LANDESREGIERUNG

Bis zum Jahr 2027 wird das Land Niedersachsen 1,4 Milliarden Euro mehr Steuern einnehmen, als bislang angenommen. Allein in diesem Jahr sollen die Einnahmen rund 221 Millionen Euro höher ausfallen, im kommenden Jahr sogar 383 Millionen höher, als bislang geplant. Das ist das Ergebnis der Steuerschätzung vom Mai 2023. „Das Land muss diese zusätzlichen Gelder in Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel investieren. Nur so kann der öffentliche Dienst, aber auch viele andere Bereiche in Niedersachsen attraktiver gestaltet und krisenfest aufgestellt werden“, sagt ver.di-Landesleiterin Andrea Wemheuer. Vor der Haushaltsklausur der rot-grünen Koalition am 02. Juli 2023 hat ver.di deshalb Forderungen aufgestellt, die aufzeigen, in welche Bereiche mehr Gelder fließen müssen.

BILDUNG/KITAS

Wir brauchen eine Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, um pädagogische Fachkräfte zu gewinnen. Dazu gehört unter anderem:

- » Bestehende Ausbildungskapazitäten müssen ausgebaut, eine Ausbildungsvergütung von Anfang an muss für alle gewährleistet werden
- » Eine praxisintegrierte vergütete Ausbildung zur Erzieher*in muss endlich auch in Niedersachsen entwickelt und stufenweise ausgebaut werden
- » Qualifizierungen zur Erzieher*in für Quereinsteiger*innen müssen ausgeweitet werden

- » ausreichend Zeit und finanzielle Anerkennung für die Praxisanleitung in den Einrichtungen ist flächendeckend notwendig
- » mehr Lehrkräfte an Berufsfach- und Fachschulen. Hierzu werden mehr Studienplätze, mehr Lehrende an Hochschulen gebraucht

Wir brauchen zudem eine Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen, um pädagogische Fachkräfte zu halten und das Arbeitsfeld attraktiver zu machen:

- » durch einen besseren Fachkraft-Kind-Schlüssel
- » durch mehr Verfügungszeiten für pädagogisches Personal und mehr Zeit für Leitungsaufgaben, jede Kita braucht eine stellvertretende Kita-Leiter*in mit ausreichend Zeit
- » durch Beteiligung an verbindlichen Notfallplänen und transparente Maßnahmen bei personellen Engpässen
- » durch Entlastung: jede Kita braucht ausreichend Personalstunden für Hauswirtschaft, Technik und Verwaltung
- » keine Ausgliederung von nicht-pädagogischen Arbeiten – Kita-Arbeit ist Teamarbeit

Das Land muss darüber hinaus die Refinanzierung aller tariflichen Regelungen sicherstellen (auch bei Übertragung des TVöD Tarifabschlusses im Sozial- und Erziehungsdienst 2022 auf Haustarifverträge für die Wohlfahrtsverbände).



ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE

Wir fordern die finanzielle Stärkung der Kommunen für attraktive Arbeitsplätze in der Daseinsfürsorge, mit modernen Arbeitsbedingungen beim Land und seinen Institutionen, den Ausbau der Digitalisierung mit frühzeitiger Qualifizierung der Beschäftigten für die neuen Herausforderungen.

TARIFTREUE- UND VERGABE

Wer über Gute Arbeit fördern will, kommt an Tarifverträgen nicht vorbei. Wir brauchen ein verbessertes Tarifreue- und Vergabegesetz: Gute Arbeit gibt es nur mit Tarifverträgen. Die Tarifbindung wird gestärkt, wenn sie zum Kriterium bei der Vergabe

öffentlicher Aufträge wird. Beschäftigte, Betriebe und der Staat profitieren.

TARIFVERTRÄGE REFINANZIEREN

In mehreren Branchen, deren Rahmenbedingungen und Personalkosten maßgeblich durch die öffentliche Hand und/oder die Kassen finanziert werden, erleben wir eine strukturelle Unterfinanzierung, Investitionsstau, Probleme bei der Refinanzierung von tariflichen Regelungen. Wir erwarten deshalb eine auskömmliche Finanzierung der Rahmenbedingungen sowie wirksame Regelungen zur Tarifreue bei Beauftragung und Vergabe und eine lückenlose Refinanzierung aller tariflichen Regelungen.

EINGLIEDERUNGSHILFE

Möglichkeit der verbesserten Finanzierung durch Nachverhandlungen bei Nachweis tariflicher Steigerungen; die Träger erhalten über den Landesrahmenvertrag seit Januar 2023 eine 4,2-prozentige Erhöhungen der Personalkosten; für Anwender des TVöD ist dies etwa aufgrund des TVöD Tarifabschlusses für den Sozial- und Erziehungsdienst 2022 nicht kostendeckend.

KRANKENHÄUSER

Das Land muss seiner Verpflichtung der Investitionsförderung nachkommen, die Investitionsquote erreicht nicht einmal die Hälfte der als notwendig erachteten 8 Prozent; es gibt einen Investitionsstau von mindestens 2,2 Mrd. Euro; in einem ersten Schritt müssen die jährlichen Mittel auf mindestens 250 Millionen Euro erhöht werden. Das Land muss Landkreise und Kommunen bei der Rückführung ehemals privatisierter Einrichtungen mit Hilfen und Krediten unterstützen, um eine gemeinwohlorientierte Gesundheitsversorgung zu stärken.

Das Land muss zudem die Refinanzierung tarifvertraglicher Regelungen zur Entlastung der Beschäftigten (Personalstandards, Belastungsausgleich) in kommunalen und Landes-Krankenhäusern gewährleisten.

HOCHSCHULEN

Das Land muss die Grundfinanzierung anheben, um unter anderem die folgenden Maßnahmen abzusichern: Abschaffung von über Drittmittel finanzierte und befristete Beschäftigung, Schaffung unbefristeter Stellen, Refinanzierung der Tarifsteigerungen, Berücksichtigung steigender Energiekosten, Finanzierung eines „TV Stud“, Absicherung der Landesliegenschaftsgesellschaft zur Modernisierung der Hochschulbauten, Anhebung der Mittel für Studierendenwerke.



WEITERBILDUNGSBRANCHE

Anhebung der Finanzhilfe nach dem NEBG: Verdopplung auf 100 Mio. € (möglich in Schritten) bis zum Ende der Legislaturperiode

Einführung einer wirksamen Tariftreuregelung, nach der die Träger oder Gesellschaften den TV-L bzw. TVöD anzuwenden haben.

BEAMT:INNEN

Wir fordern für die Beamtinnen und Beamten des Landes (und damit in der Folge auch für die kommunalen Beamtinnen und Beamten) eine weitere Erhöhung der jährlichen Sonderzahlung („Weihnachtsgeld“) – weiter in Richtung Tarifniveau des TV-L.

Wir fordern eine Ruhegehaltsfähigkeit der Feuerwehr- und Justizvollzugszulage. Wie bei anderen Zahlungen auch (z.B. der Corona-Sonderzahlung für aktive Beamtinnen und Beamten aus der Tarif- und Besoldungsrunde 2021) dürfen die Versorgungsempfänger*innen nicht noch weiter abgehängt werden.

ERWERBSLOSE

Die Förderung der mehr als 30 Erwerbslosenberatungsstellen in Niedersachsen reicht nicht aus. Wir fordern pro Einrichtung eine Förderung durch das Land in Höhe von jeweils 43 000 Euro – das bedeutet insgesamt eine Summe von rund 1 300 000 Euro.

ÖPNV

Wir brauchen mehr Investition in den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs. Wir brauchen mehr Geld für Busse und Bahnen, für mehr Verbindungen im ländlichen Raum und bessere Takte und Anschlüsse. Der Ausbau des ÖPNV ist eine der zentralen Antworten auf die Klimakrise, er ist aber auch eine Lösung für die immer mehr verstopften Autobahnen und Straßen. Zigtausende Pendlerinnen und Pendler in Niedersachsen warten auf eine angemessene Alternative zum Auto.



ENERGIEWENDE

Wir fordern finanzielle Mittel für eine soziale Energiewende: Wir brauchen Geld für Programme für die Beschäftigten, die von der Transformation betroffen sind. Wir fordern zudem mehr Geld, um die energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands schneller voranzutreiben.

KUNST UND KULTUR

Für die Museen, Theater und Konzerthäuser braucht es eine ausreichende finanzielle Ausstattung, damit Kunst und Kultur einen selbstverständlichen und abgesicherten Raum einnehmen können.

DEMOKRATIE SICHERN

Wir fordern die dauerhafte Finanzierung von Organisationen und Gruppen, die sich für Demokratie und Vielfalt, gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzen.



GEWALT AN FRAUEN

Wir fordern auch den Ausbau von Frauenhausplätzen und weiteren Schutzkonzepten gegen Gewalt an Frauen.



GUTE STIMMUNG BEIM ZENTRALEN STREIKTAG IM HANDEL IN HANNOVER

Beschäftigte des Einzel- und des Großhandels haben am 8. Juni in Hannover gemeinsam ein starkes Zeichen an die Arbeitgeber:innen in den festgefahrenen Tarifverhandlungen gesetzt. Rund 1500 Menschen hatten sich rund einer Woche auf dem Goseriedeplatz im Gewerkschaftsviertel der niedersächsischen Landeshauptstadt versammelt. „So viele Menschen waren wir noch nie bei einem Warnstreik im Handel“, sagte Fachbereichsleiterin Sabine Gatz auf der Bühne.

Die gute Stimmung während der Kundgebung übertrug sich auch auf den anschließenden Demonstrationzug durch die Innenstadt. Die Teilnehmenden machten Zwischenstopps unter anderem am Kröpcke und vor dem Hauptbahnhof, um auch den Kundinnen und Kunden, die an jenem Tag besonders zahlreich zum Einkaufsbummel nach Hannover gekommen waren, weil der 8. Juni in einigen angrenzenden Bundesländern ein Feiertag ist, in Niedersachsen aber nicht, ihre Forderungen nahe zu bringen. „Die tolle, hohe Beteiligung an der heutigen Aktion ist auch dem Umstand geschuldet, dass viele Beschäftigte in Handel in Zeiten der hohen Inflation unter enormen Druck stehen“, sagte ver.di-Landesleiterin Andrea Wemheuer bei der Kundgebung.

ver.di fordert in den laufenden Verhandlungen für die 330 000 Beschäftigten in Niedersachsen und die rund 28 000 Beschäftigten in Bremen 2,50 Euro mehr Gehalt und Lohn pro Stunde. Die Ausbildungsvergütungen sollen zudem um 250 Euro angehoben werden. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen. Darüber hinaus fordert die Gewerkschaft die gemeinsame Beantragung der Allgemeinverbindlichkeit der Tarifverträge und ein rentenfestes Mindestentgelt von 13,50 Euro pro Stunde. Das bisherige Angebot nach zwei Verhandlungsrunden ist aus ver.di-Sicht immer noch völlig unzureichend und würde für die Betroffenen einen Reallohnverlust bedeuten. Die Gespräche im Einzelhandel werden am 6. Juli, die im Großhandel eine Woche später, am 13. Juli fortgesetzt.

